

Gemeinsames Communiqué der Fürstlichen Regierung und Vertretern der Regierung des Kantons St. Gallen

«Am 26. Juni 1965 liess sich die Regierung des Fürstentums Liechtenstein in Vaduz von ihren Experten, Herrn Oberingenieur Dr. Traugott Gilbert, Technischer Überwachungsverein Essen und Herrn Regierungsrat Dr. Karl Friedrich Wentzel, Landesanstalt für Immissions- und Bodennutzungsschutz, Bochum, über die Probleme im Zusammenhang mit dem geplanten thermischen Kraftwerk Rüthi orientieren. An dieser orientierenden Aussprache nahmen Regierungsvertreter des Kantons St. Gallen teil.

Die Aussprache hat gezeigt, dass das liechtensteinische Gebiet zufolge der grösseren Entfernung der Berghänge vom Kraftwerk Rüthi weniger gefährdet ist, als es die schweizerischen Berghänge westlich von Rüthi sind. Nach dem heutigen Stand der Wissenschaft besteht die Möglichkeit der Gefährdung lediglich für den Wald, nicht aber für Mensch, Tier, Landwirtschaft und Gebäude. Die gutachtlichen Äusserungen haben ergeben, dass bei den zugelassenen Konzentrationen von SO₂ in der Luft für Nadelwälder eine Sicherheit für das Ausbleiben von Zuwachsverlusten durch die Einwirkung von Immissionen nicht besteht. Die Vertreter der Regierung des Kantons St. Gallen wiesen in diesem Punkte auf die abweichenden Richtlinien der eidgenössischen Lufthygiene-Kommission hin. Da die Experten der beiden Länder offenbar nicht in allen Punkten übereinstimmen, erklären die Regierungsvertreter von St. Gallen sich bereit, darüber namentlich über die Einschränkung der möglichen Konzentrationswerte für das Gebiet des Fürstentums Liechtenstein und über zusätzliche Kontrollen und Massnahmen für dasselbe Gebiet, ungeachtet der übrigen zwischenstaatlichen Probleme, mit der Regierung des Fürstentums Liechtenstein zu verhandeln.

Liechtensteiner Volksblatt, 29. Juni 1965

Das st. gallische Kantonsparlament stimmt dem Rüthi-Bericht zu!

... Die Redeschlacht im St. Galler Kantonsparlament war erst gestern nachmittag um 13.20 Uhr beendet. Bei der am Schluss der Debatte erfolgten Befragung des Parlamentes, stimmten rund zwei Drittel der Abgeordneten dem Bericht des Regierungsrates zu. Damit steht die überwiegende Mehrheit des St. Galler Grossen Rates hinter der Regierung.

In der augenblicklichen Situation muss damit gerechnet werden, dass die Bewilligung zum Bau des thermischen Kraftwerkes in absehbarer Zeit erteilt wird! ...

Liechtensteiner Volksblatt, 1. Juli 1965

Aufruf an die Bevölkerung!

Die Errichtung eines thermischen Kraftwerkes und einer Raffinerie in unmittelbarer Nähe unserer Landesgrenze bedeutet für unsere schöne Heimat eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Neben der Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung, die Erhaltung der Tier- und Pflanzenwelt, sehen wir auch eine eklatante Gefährdung des in vielen Jahren aufgebauten Fremdenverkehrs, der für unser Land zu einem namhaften Wirtschaftszweig geworden ist.

Die Verkehrsvereine des Landes unterstützen aus diesen Gründen alle Aktionen, die sich gegen die Errichtung der geplanten Anlagen wenden.

Wir bitten die ganze Bevölkerung, mitzuhelfen, die unserer geliebten Heimat drohenden Gefahren abzuwenden und diesen Willen mit der Unterschrift bei der eingeleiteten Aktion kund zu tun.

Verkehrsverein Balzers
Verkehrsverein Schaan
Verkehrsverein Triesen

Verkehrsverein Triesenberg
Verkehrsverein Unterland
Verkehrsverein Vaduz

Liechtensteiner Vaterland, 27. Juli 1965

Erste Kundgebung der Kraftwerkgegner in Mauren

(Korr.) – Mauren stand am vergangenen Freitag, den 23. Juli 1965, im Blickfeld der Öffentlichkeit, auch von der Schweiz und Vorarlberg aus gesehen. Das vor kurzem gegründete liechtensteinische Aktionskomitee hat zu dieser Aufklärungsversammlung und Willenskundgebung durch Plakate, Presse, Flugblätter und Lautsprecherwagen aufgerufen. Diesem Aufruf haben ein halbes Tausend Mitbürger Folge geleistet und sich im Gemeindegemeinschaftssaal in Mauren eingefunden, um durch ihr Kommen zu beweisen, dass ihnen ihre Heimat am Herzen liegt.

Liechtensteiner Volksblatt, 28. Juli 1965

Das thermische Kraftwerk im Rheintal fallen gelassen

Die Pipeline Genua–Ingolstadt, seit September 1966 in Betrieb, ist am Dienstag in Bad Ragaz im Beisein von Regierungsvertretern des Landes Vorarlberg und der Kantone Graubünden und St. Gallen sowie einer namhaften Abordnung der ENI und ihrer Tochtergesellschaften SNAM, ANIC und AGIP offiziell eingeweiht worden. Nationalrat Dr. Tenchio, Präsident der Pipeline-Gesellschaft Oleodotto del Reno, feierte das vollendete Werk als eine völkerverbindende Tat ...

In den Reden, die zu diesem Anlass vom bündnerischen Regierungspräsidenten Dr. Huonder und vom st. gallischen Landammann Dr. Frick gehalten wurden, kam die Hoffnung zum Ausdruck, dass auch die Ostschweiz noch für ihren wirtschaftlichen Aufschwung von der Pipeline profitieren werde. Das könnte, nachdem das Projekt eines thermischen Kraftwerkes im Rheintal nicht mehr aktuell ist, durch den Bau und Betrieb einer Raffinerie erfolgen ...

Liechtensteiner Vaterland, 29. April 1967